



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
55. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 16.08.2021
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	19:34 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kristin Blankenburg - SPD	
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL Fraktionsvorsitzende	
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
2. Stellvertr. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Nur bis TOP 6.4.2
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Andreas Zander - CDU	Nur bis TOP 6.4.2
Hans Bobeth-Höppner - CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Ulrich Brock
Michael Matthies - Die Unabhängigen	
Elfi Rostkowski - SPD	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Beiratsmitglieder	
Margret Wulf-Wichmann - Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Gerd Maertens - Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Wolfgang Neskovic - fraktionslos	

Verwaltung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Jörg Bayer - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur bis TOP 5.7
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Annette Höhn - 5.691 Lübeck Port Authority	Nur bis TOP 5.7
Jens Johannsen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Michael Stödter - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur bis TOP 6.4.1
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Heiko Fettköther - Behindertenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dr. Ulrich Brock - CDU	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.08.2021	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung	VO/2021/10234
3.2	Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 07.32.00 - Schlutuper Straße/Lauerhofer Feld	VO/2021/10275
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Fraktion Freie Wähler & GAL, Austausch Antrag zu VO/2021/10039: Skateranlage in Lübeck	VO/2021/10039-01
4.1.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE AT zu VO/2021/10039-01-01 ÄA zu VO/2021/10039-01 Skateranlage in Lübeck	1/10039-01-01-01
4.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Die Unabhängigen & Fraktion Freie Wähler & GAL: AT zu VO/2021/10083 Stadtbegrünung durch Urban Gardening und Flächenentsiegelung	VO/2021/10083-01
5	Berichte	
5.1	Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche und weiterer alternativer Straßennutzungen	VO/2020/09374-01
5.2	Neubau Geh- und Radweg an der Straße Seekamp	VO/2021/10250
5.3	Verbesserung der 30-Zone in der Straße am Schellbruch durch zusätzliche Kenntlichmachung mit beidseitig an der Fahrbahn installierten Verkehrszeichen in beide Richtung sowie Erneuerung der Piktogramme	VO/2021/09989-01
5.4	Radfahren in Grünanlagen erlauben	VO/2021/10261
5.5	Gewerbeflächenprognose Hansestadt Lübeck	VO/2021/10284
5.6	Welterbe- und Gestaltungsbeirat: Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung am 19.08.2021	
5.7	Verkehrsgutachten Neue Teutendorfer Siedlung	

5.8	Stellplatzschlüssel im öffentlichen Raum	
5.9	Bericht zu dem Antrag der AM Christopher Lötsch & AM Ulrich Pluschkell zur Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles	2020/09391-03-01
5.10	Erhaltungsstrategie Gehwege / Radwege / Nebenflächen	VO/2021/10307
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Durchfahrtsverbot der Straße Milbreed	VO/2021/10323
6.2.2	Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Bearbeitungsstand von Erhaltungssatzungen	VO/2021/10324
6.2.3	Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Fahrradverkehr in der Fußgängerzone	VO/2021/10330
6.2.4	AM Ulrich Pluschkell (SPD): Wasserspender an Lübecker Schulen	VO/2021/10354
6.2.5	Neue Anfragen während der Sitzung	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.610): Vorstellung des Verkehrswendebeauftragten	
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.610): Umgang mit Ferienwohnungen in Travemünde	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Arne-Matz Ramcke - Überprüfung und Optimierung des Liniennetzes in der Hansestadt Lübeck	VO/2019/08448
7.2	AM Haltern (SPD): Jugendhaus Seeblick bewahren - Brodtner Uferweg sichern	VO/2021/10090
7.3	AM Antje Jansen (GAL): Radwege des St.-Jürgen-Rings	VO/2021/10166
7.4	Dringlichkeitsantrag: AM Ulrich Pluschkell (SPD) : Fuß- und Radweg Großenhof	VO/2021/10361

7.5	Antrag des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baulandmobilisierungsgesetz	VO/2021/10319
7.5.1	BM Wolfgang Neskovic: Antrag zu VO/2021/10319 Antrag des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baulandmobilisierungsgesetz	VO/2021/10319-01
7.6	AM Ulrich Pluschkell (SPD): Fußweg Musikerviertel	VO/2021/10261-01
7.7	Dringlichkeitsantrag AM Ulrich Pluschkell (SPD) : Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke	VO/2021/10363
7.8	Dringlichkeitsantrag AM Ulrich Pluschkell (SPD): Förderung des Fahrradverkehrs	VO/2021/10362
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 5.9 (VO/2020/09391-03-01) Bericht zu dem Antrag der AM Christopher Lötsch & AM Ulrich Pluschkell zur Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles

TOP 5.10 (VO/2021/10307) Erhaltungsstrategie Gehwege / Radwege / Nebenflächen

TOP 6.2.1 (VO/2021/10323) Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Durchfahrtsverbot der Straße Milbreed

TOP 6.2.2 (VO/2021/10324) Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Bearbeitungsstand von Erhaltungssatzungen

TOP 6.2.3 (VO/2021/10330) Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Fahrradverkehr in der Fußgängerzone

TOP 6.2.4 (VO/2021/10354) AM Ulrich Pluschkell (SPD): Wasserspender an Lübecker Schulen

TOP 7.6 (VO/2021/10261-01) AM Ulrich Pluschkell (SPD): Fußweg Musikerviertel

TOP 7.7 (VO/2021/10363) Dringlichkeitsantrag AM Ulrich Pluschkell (SPD) : Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke

TOP 7.8 (VO/2021/10362) Dringlichkeitsantrag AM Ulrich Pluschkell (SPD): Förderung des Fahrradverkehrs

TOP 11.2 (VO/2021/10303) Mittlere Wallhalbinsel - Beauftragung städtebauliches Konzept

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Herr Ramcke fragt, warum der TOP 11.2 dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet sei.

Frau Hagen antwortet, dass in der Vorlage das Verfahren und die beteiligten Teilnehmer erwähnt seien und diese Informationen grundsätzlich nicht zu einem laufenden Verfahren schriftlich öffentlich herausgegeben werden würden.

Frau Haltern fragt, ob es möglich sei, den TOP teilweise im öffentlichen, teilweise im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Ramcke erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Frau Jansen fragt, warum der TOP 11.1 dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet sei.

Frau Hagen antwortet, dass die Zuordnung von Vorlagen in den nichtöffentlichen Teil derzeit durch den Bereich Recht geklärt werde. Die Vorlage sei aber bereits durch den Hauptausschuss auch im nichtöffentlichen Teil behandelt und geändert beschlossen worden. Daher wolle man die Zuordnung so belassen.

Herr Lötsch sagt, dass dieser TOP durch den Bauausschuss nur zur Kenntnis genommen werde.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen:

TOP 10.1, TOP 11.1, TOP 11.2, TOP 13.1, TOP 13.3.1.

Frau Jansen möchte wissen, warum es keinen TOP zur Skatebahn Travemünde gebe.
Herr Lötsch antwortet, dass zur nächsten Sitzung Herr Kirchhoff eingeladen werden solle, damit die Fragen des Ausschusses beantwortet werden können.
Herr Ramcke bittet zu dem Thema um eine kleine Mitteilung seitens der Verwaltung.
Herr Lötsch antwortet, dass es eine klare Beschlusslage gebe, aber eine kurze Mitteilung sei für ihn in Ordnung.

Herr Leber bittet darum, die Dringlichkeit der Anträge auf der Nachtragstagesordnung zu erläutern.

Herr Pluschkell bittet um Verständnis dafür, dass er so spät noch so viele Anträge eingereicht habe. Die Anträge seien aber alle Anträge zu TOP auf der ordentlichen Tagesordnung. TOP 7.6 solle zusammen mit TOP 5.4 behandelt werden und TOP 7.7 zusammen mit TOP 6.1.

Herr Ramcke stellt den Antrag, TOP 5.5 zu vertagen.

Herr Lötsch stellt den Antrag, die TOP 4.1 und TOP 4.1.1 zu vertagen, bis der Schul- und Sportausschuss über diese Vorlagen abgestimmt habe.

Herr Lötsch stellt den Antrag, den TOP 5.9 und TOP 5.10 nicht die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Lötsch stellt den Antrag, TOP 4.2, TOP 7.1, TOP 7.2 und TOP 7.3 vorzuziehen und nach TOP 3.2 zu behandeln.

Herr Ramcke fragt nach der Zuordnung von TOP 11.2.

Herr Lötsch stellt den Antrag, TOP 11.2 als letzten TOP des öffentlichen Teils der Sitzung zu behandeln, und ihn dann erneut im nichtöffentlichen Teil aufzurufen.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die beantragten gemeinsamen Beratungen, die beantragten Vertagungen, sowie die nichtöffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.08.2021

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung Vorlage: VO/2021/10234

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Lübeck-Skandinavienkai, Infrastruktur für Landstromversorgung zu beginnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.2 Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 07.32.00 - Schlutuper Straße/Lauerhofer Feld Vorlage: VO/2021/10275
--

Herr Pluschkell führt aus, dass der Namensvorschlag „Kleingartenring“ durch die Verwaltung etwas angestrengt klinge. Die Gegend sei bereits durch Straßen mit skandinavischen Namen geprägt, wie zum Beispiel die Knud-Rasmussen-Straße.

Er stellt den Antrag, dass der TOP vertagt werden solle und die Verwaltung einen neuen, alternativen Namen für die Straße, aus der, der Stadtverwaltung vorliegenden, Liste mit potentiellen Straßennamen heraussuchen solle.

Er würde es begrüßen, wenn diese Liste abgearbeitet werde.

Herr Ramcke bittet darum, dass die Verwaltung berichten solle, welche Gründe sie für die Auswahl des Straßennamens „Kleingartenring“ gehabt habe.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag von Herrn Pluschkell abstimmen.

Für den Änderungsantrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Vertagungsantrag einstimmig zu.

Beschluss:

Im Stadtteil St. Gertud wird die geplante Erschließungsstraße im Rahmen des B-Plans 07.32.00 – Schlutuper Straße/Lauerhofer Feld – gemäß Anlage 1 wie folgt benannt:

Kleingartenring: Planstraße A, die als Ringstraße das neue Baugebiet erschließen wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 Fraktion Freie Wähler & GAL, Austausch Antrag zu VO/2021/10039: Skateranlage in Lübeck
Vorlage: VO/2021/10039-01**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.1.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE AT zu VO/2021/10039-01-01 ÄÄ zu VO/2021/10039-01 Skateranlage in Lübeck
Vorlage: 1/10039-01-01-01**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Die Unabhängigen & Fraktion Freie Wähler & GAL: AT zu VO/2021/10083 Stadtbegrünung durch Urban Gardening und Flächenentsiegelung
Vorlage: VO/2021/10083-01**

Frau Mählenhoff erläutert den Antrag. Die Stadt müsse, um für den Klimaschutz zu sorgen, auch auf kleinere Flächen schauen. Diese Flächen würden bereits zur Wasserspeicherung und -versickerung, sowie zum Klima der Stadt beitragen. Sie erwarte auch keine extravagante Flächengestaltung.

Herr Lötsch fragt, ob die Verwaltung nicht bis zum Herbst ein Freiflächenkonzept, bzw. einen entsprechenden Bericht vorlegen wollte.

Frau Hagen antwortet, dass es sich dabei um eine Zielvorstellung zur Versorgung der Lübecker:innen mit Grün- und Freiflächen handle, das Konzept aber nicht explizit auf die Nutzung kleinerer Flächen ausgerichtet sei.

Herr Lötsch fragt, ob dieser Antrag nicht auch am nächsten Tag im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung behandelt werde.

Frau Mählenhoff bejaht dies, weist aber darauf hin, dass der Bauausschuss federführend sei.

Herr Lötsch stellt den Antrag, den TOP zu vertagen, bis der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung den Antrag behandelt habe.

Frau Mählenhoff spricht sich gegen eine Vertagung aus, der Antrag könne auch ohne ein Votum des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschlossen werden.

Herr Lötsch erklärt, dass der Bauausschuss als federführender Ausschuss den Antrag abschließend behandle und er daher erst das Votum des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung abwarten wolle.

Herr Ingwersen sagt, dass in das Konzept auch die Ersatzpflanzung von gefallenem Bäumen mit aufgenommen werden solle.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Für die Vertagung: 15 Stimmen

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, bis zum September 2021 zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die Stadtbegrünung in der Innenstadt und weiteren Stadtteilen mit hohem Versiegelungsgrad gefördert werden kann. Zu den Maßnahmen kann Urban Gardening zählen oder die sog. Umweltakupunktur, d.h. Entsiegelung von Flächen entlang von Verkehrsflächen, wie Straßenrandstreifen, Sichtdreiecke, Abstandsflächen. Weiterhin ist durch die Prüfung zu klären, ob und wie Initiativen oder Vereine in die Pflege mit einbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5 Berichte

zu 5.1 Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche und weiterer alternativer Straßennutzungen

Bericht:

1. Antrag AM Arne-Matz Ramcke (Bündnis 90 / Die Grünen) in der Sitzung des Bauausschusses am 16.11.2020 (VO/2020/09374) – „Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche und weiterer alternativer Straßennutzungen“
2. Antrag AM Carl Howe (GAL) VO/2020/08892 – „Einrichtung von Spielstraßen“

Zu 1.:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis spätestens Anfang 2021 hinsichtlich der unten genannten Straßennutzungen (1. – 4.) zu prüfen und zu berichten:

- a. Welche straßenrechtlichen und straßenverkehrsrechtlichen Möglichkeiten bestehen jeweils, um diese in Lübeck einzurichten?
- b. Welche Voraussetzungen müssen jeweils erfüllt sein?
- c. In welchen Fällen haben die Gemeinden Handlungshoheit und in welchen sind Landes- oder Bundesebene beteiligt?

Zu prüfen sind folgende Straßennutzungen:

1. Verkehrsberuhigter Bereich allgemein und speziell nach dem Freiburger Modell
2. Temporäre Spielstraße
3. Schulstraßen
4. Begegnungszonen

Zu 2.:

Die Verwaltung möge bis zur nächsten Sitzung des Bauausschusses berichten, welche Straßen verkehrsberuhigt werden sollen, damit Menschen auf engen Gehwegen bei Begegnungen, den gebotenen Mindestabstand von 1,50m einhalten können, ohne auf die Straßenfahrbahn ausweichen zu müssen.

Außerdem möge die Verwaltung in Wohngebieten kurzfristig Spielstraßen einrichten. Vorschläge von Anwohner:innen sind hierbei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Neubau Geh- und Radweg an der Straße Seekamp
Vorlage: VO/2021/10250

Herr Lötsch fragt, warum es so lange gedauert habe um festzustellen, dass an der Stelle kein Radweg gebraucht werde.

Frau Hagen erklärt, dass zwischendurch Stellen für Radverkehrsplaner ausgeschrieben worden seien, die erst Ende letzten Jahres hätten besetzt werden können.

Bericht:

- Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BM Möller in der Bürgerschaft am 26.09.2019 (VO/2019/8082-27-01) – hier: 3 A) Planungskosten für den Bau eines neuen Radweges von Blankensee nach Groß Grönau
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD in der Bürgerschaft am 29.08.2019 (VO/2019/07374):

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen

- ob und wie die Herstellung eines kombinierten Rad-/Fußweges parallel zur Straße „Seekamp“, beginnend am Dorfplatz Blankensee, endend an der Gemeindegrenze zu Groß Grönau möglich ist,
- welche Investitionssumme hierfür ca. erforderlich wäre,
- ob für diese Maßnahme Fördermittel eingeworben werden können,
- ob eine Aufnahme dieses Radwegs in das Radwegekonzept "Fahrradfreundliches Lübeck" sinnvoll ist und
- welche Priorität dieser Radweg im Rahmen aller geplanten Radwege hätte.

Dem Bauausschuss ist bis Ende Juni 2019 hierüber zu berichten.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Verbesserung der 30-Zone in der Straße am Schellbruch durch zusätzliche Kenntlichmachung mit beidseitig an der Fahrbahn installierten Verkehrszeichen in beide Richtung sowie Erneuerung der Piktogramme
Vorlage: VO/2021/09989-01

Bericht:

Antrag des AM Dr. Flasbarth in der Bauausschusssitzung am 17.05.2021:

Herr Dr. Flasbarth beantragt, dass die Verwaltung aufgefordert werde, geeignetere Maßnahmen vorzuschlagen, um zu gewährleisten, dass das Tempolimit von 30 km/h eingehalten werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.4 Radfahren in Grünanlagen erlauben
Vorlage: VO/2021/10261

Gemäß TOP 1 werden TOP 5.4 und TOP 7.6 zusammenbehandelt. Die Diskussion ist unter diesem TOP aufgeführt, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Herr Ramcke fragt, ob die Stadt jetzt genug Planer für Radverkehr habe. Die Themen die behandelt werden würden, seien häufig ältere Fälle. Er bitte darum, darzustellen, wie die Organisationsstruktur sei, da dies von außen nur schwer nachzuvollziehen sei.

Bericht:

Antrag der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft am 26. November 2020 (VO/2020/09194):

„Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen und bis Ende 2020 zu berichten, wie schnellstmöglich in Lübecks Grünanlagen das Radfahren auf Haupt- und ggf. auch Neben-Wegen gefahrlos ermöglicht werden kann. Dies ist beispielhaft an der Grünanlage „Musikerviertel“ darzustellen. Dort soll gemäß § 4 (2) Grünanlagensatzung durch eine Zusatzbeschilderung „Radfahrer frei“ das Radfahren ganz oder teilweise erlaubt werden. In dem Bericht ist auch darzustellen, ob für die Zulassung von Radverkehr in Grünanlagen eine Anpassung der Grünanlagensatzung erfolgen muss.“

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Gewerbeflächenprognose Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2021/10284**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.6 Welterbe- und Gestaltungsbeirat: Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung am 19.08.2021

Die Tagesordnung für die Sitzung des Welterbe- und Gestaltungsbeirat wurden Bauausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt und ist als Anlage beigefügt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.7 Verkehrsgutachten Neue Teutendorfer Siedlung

Frau Haltern sagt, dass der Bauausschuss in der Sitzung am 07.06.2021 die Planung für den B-Plan beschlossen habe und jetzt ein Gutachten vorgelegt werde, in dem stehe, dass die B-Planung mit nur einer Zufahrt nicht funktioniere. Sie fragt, wie weit es die Planung zurückwerfen würde, eine zweite Zufahrt zu planen. Da alle wüssten, dass mehr Wohnungen gebaut werden müssten, schlage sie vor, dass zu klären sei, wie der westliche Teil abgeschlossen werden könne, während parallel bereits der östliche Teil bearbeitet werden könne. Mit der Bearbeitung des westlichen Teils könne dann angefangen werden, wenn klar sei, wie die die Frage der Anfahrt zu klären sei.

Herr Löttsch sagt, dass er irritiert sei, dass beantragt worden sei, das Gutachten nachzureichen und dann gelesen werden müsse, dass der Gutachter arge Bedenken habe. Er fragt, wie die Verwaltung das Gutachten auslege.

Frau Belchhaus antwortet, dass das Gutachten auch derzeit mit den B-Plan-Unterlagen ausliege. Auf Seite 11 des Gutachtens sei deutlich formuliert, dass mit den empfohlenen Maßnahmen eine ausreichende Verkehrsqualität erreicht werden könne.

Herr Löttsch fragt, wie viele Wohneinheiten es geben solle.

Frau Belchhaus antwortet, dass 560 Wohneinheiten geplant seien.

Herr Löttsch sagt, dass in dem Gutachten stehe, dass bei 329 Wohneinheiten die Verkehrsqualität noch befriedigend sei, bei mehr Wohneinheiten weniger befriedigend und bei einer noch Anzahl von 560 Wohneinheiten sei es noch weniger. Wenn jetzt die Planung laufe, müsse die Frage gestellt werden, ob es vernünftig sei, wie die Anfahrt geplant sei. In dem Gutachten stehe auch, dass eine Entlastung nur durch eine zweite Erschließung des Stadtteils zu erreichen sei. Er bitte, dass solche Informationen in Zukunft dem Bauausschuss zur Planung vorgelegt würden.

Frau Belchhaus bekräftigt, dass der prognostizierte Zustand aus fachlicher Sicht der Verwaltung akzeptiert werde.

Herr Löttsch antwortet, dass er kein Verkehrsplaner sei, aber wenn es bei 329 Wohneinheiten schon nur befriedigend sei, dann dürfte es bei 560 Wohneinheiten signifikant schlechter als befriedigend sein. Aus seiner Sicht werde eine Kreuzung gebaut in dem Wissen, dass von vorneherein eine schlechte Lösung gewählt worden sei.

Frau Belchhaus sagt, dass die wesentlichen Verkehrsprobleme nicht durch das Neubaugebiet entstünden, sondern bereits durch die Verkehre ins Zentrum bestehen würden.

Herr Löttsch sagt, dass geschaut werden müsse, ob dem Investor die Zusatzkosten für eine zweite Anfahrt zugemutet werden könnten oder die Stadt die Kosten tragen müsse, aber wissentlich eine schlechte Verkehrssituation herbeizuführen sei nicht akzeptabel.

Herr Leber sagt, dass das Zielabweichungsverfahren, welches für das Gebiet durchgeführt werde, auch das Gebiet unterhalb der B75 umfasse, und diese Fläche somit eine Perspektivfläche sei, an der später ggf. auch Wohnbebauung stehen könne, was die zukünftige Situation noch verschärfen könne. Er sagt, dass man sich im Kreis drehe, solange nicht bekannt sei, ob eine zweite Zufahrt gebraucht werde oder wo sie gebaut werde.

Herr Bobeth-Höppner sagt, dass der Auto- und Fahrradverkehr Richtung Travemünde noch funktionieren möge, der Verkehr um aus Travemünde herauszufahren aber ewig dauere. Mit dem zusätzlichen Wohngebiet würde sich diese Situation noch verschärfen, und die Straße ließe sich auch nicht verbreitern.

Herr Bayer erläutert das System der Qualitätsstufen, das in dem Gutachten genutzt werde. Die Qualitätsstufe QSV E entstehe, wenn der Knotenpunkt nicht umgebaut werde. Dann seien die Verkehre nicht mehr abwickelbar, weswegen Umbaumaßnahmen vorgeschlagen worden seien, die auch im Gutachten dargestellt seien. Mit diesen Maßnahmen könne die Qualitätsstufe QSV D erreicht werden, die als funktionsfähig angesehen werde. Nach Aussage des Gutachtens sei es daher weder für 329 noch für 560 Wohneinheiten erforderlich, eine zweite Anbindung vorzusehen.

Herr Löttsch möchte wissen, wo die Qualitätsstufen stehen würden.

Herr Bayer antwortet, dass es sich dabei um bundesweit anerkannte Qualitätsstufen handle, das stehe auch auf Seite 7 im Gutachten. Diese Stufe anzustreben sei Mindestvoraussetzung.

Herr Ingwersen kritisiert, dass der Verkehr an der Kreuzung bereits jetzt nicht funktioniere. Der Planer habe zugeben müssen, dass in seiner Planung der Bahnübergang nicht mit enthalten sei, da seine Software keine Bahnübergänge mitberechnen könne. Diese Wellen seien gar nicht miteingeplant. Am heutigen Tag sei der Verkehr schon ewig gestaut, wenn eine Ampel den Verkehr noch weiter behindere, würde dies nur zunehmen. Mit der Kreuzung und den zusätzlichen Wohngebieten sei das nicht dauerhaft zu bewältigen. Die Planung sei bisher mit deutlichen Bauchschmerzen durchgewunken worden, aber es sei vermittelt worden, das sofort nachgebessert werden solle, wenn Mängel festgestellt werden würden. Er sagt, das jetzt parallel geplant werden müsse, da die Stadt sich keine Jahre der Nachplanung leisten könne.

Herr Pluschkell sagt, dass die Formulierung, die das Wort „anzustreben“ verwende, ihm zu vage sei. Der Gutachter klinge, als würde er seinem eigenen Ergebnis nicht trauen. Er fragt, ob der Planer auch die anderen Änderungen in Travemünde in die Planung miteinbezogen habe. Das Gutachten lese sich, als habe sich der Gutachter bemüht um die Problem- punkte herumzuhangeln. Er halte es für problematisch, dass das Gutachten erst jetzt vorlie- ge, sonst hätte diese Debatte schon geführt werden können als noch Zeit verfügbar gewesen sei. Er fragt, ob das Gebiet auch über eine westliche Erschließung erreicht werden könne und welche Probleme dann zu erwarten seien. Es ergebe keinen Sinn, Wohnungen zu bau- en, wenn die Bewohner diese nicht erreichen könnten.

Herr Ramcke antwortet, dass das Wort „anstreben“ eine Empfehlung impliziere, daher würde er nicht zu viel in diese Formulierung interpretieren wollen. Er sagt, dass die CDU überlegen solle, ob Verkehre immer nur über das Auto laufen sollten, oder ob über andere Mobilitäts- konzepte für die Anlieger nachgedacht werden solle. Vielleicht müsse generell etwas am Parken geändert werden und nicht nur am einzelnen B-Plan.

Herr Lötsch fragt, ob Herrn Ramcke nicht bewusst sei, dass die Kreuzung direkt am Anfang von Travemünde sei, und ob er den Bewohnern von Travemünde verbieten wolle, in Trave- münde rein- oder rauszufahren. Der B-Plan schaffe einer Mehrbelastung, daher hätte das Gutachten schneller vorliegen müssen.

Herr Leber fragt, wann der Bauausschuss einen Bericht erhalte, in dem stehe, wo eine zwei- te Zufahrt möglich sei.

Frau Hagen antwortet, dass vor der Sommerpause die Machbarkeitsstudie ausgeschrieben worden sei. Wann das Ergebnis vorgestellt werden könne, werde nachträglich zur Nieder- schrift nachgereicht.

Antwort nachträglich zur Niederschrift:

Das Gutachten zur 2. Anbindung Travemünde wird Ende des Jahres fertiggestellt und kann Anfang des kommenden Jahres in den Gremien vorgestellt werden.

Herr Leber fragt, wie sensibel die verkehrsabhängige Ampelschaltung sei und wie sensibel die Software der Leitstelle für Verkehr auf die entstehenden Verkehre eingehen könne.

Herr Bayer antwortet, dass die Lichtsignalanlage in der Lage sei, autark zu arbeiten, und kein übergeordnetes Steuersystem brauche. So etwas sei nur notwendig, wenn mehrere Verkehrsknoten miteinander koordiniert betrieben werden müssten. Diese Signalanlage arbeite mit vollverkehrsabhängigen Programmen, so dass z.B. die Wartezeiten bei wenig Ver- kehr sehr kurz seien. Bei einer Maximalbelastung sei das aber kaum zu merken, da alle Am- peln auf die maximale Grünzeit verlängern würden.

Herr Ingwersen sagt, dass auch aus der Perspektive der Radfahrer der Verkehr schwierig sei und sich auch durch die neuen Radfahrer aus dem Wohngebiet die Situation schwieriger gestalte. Eine Ampelschaltung würde auch das Radfahrerproblem noch verstärken. Er habe das Gutachten nicht gelesen, aber er befürchte, dass die Radfahrerströme nicht berechnet worden seien. Außerdem sei es auch für die anbei wohnenden Senioren eine Zusatzbelas- tung, wenn diese weniger Zeit hätten, um über die Kreuzung zu gelangen.

Frau Haltern sagt, dass sie das so verstehe, dass die Situation in Schulnoten mit einem An- schluss eine drei, mit zwei Anschlüssen eine eins sei. Frau Hagen eruiere ja derzeit die Machbarkeit eines zweiten Anschlusses, und wenn das Ergebnis vorhanden sei könne man dies ja auch abschließend beurteilen.

Herr Bobeth-Höppner fragt, wie alt das Gutachten sei.

Herr Pluschkell antwortet, dass auf dem Titel des Gutachtens stehe, dass es im November 2017 erstellt, im Dezember 2018 aktualisiert und im April 2021 ergänzt worden sei.

Herr Bobeth-Höppner sagt, dass im Baggarsand seit der Gutachtenerstellung ja bereits meh- rere Wohnungen hinzugekommen seien, zudem würden auch mehr Schiffe zu den beiden

großen Liegeplätzen kommen. Er möchte wissen ob diese zusätzlichen Belastungen mit im Gutachten vermerkt seien.

Herr Löttsch fragt, bis wann der Satzungsbeschluss vorgesehen sei.

Frau Belchhaus antwortet, dass dies Ende des Jahres angestrebt sei.

Herr Löttsch fragt, ob bis dahin darüber Klarheit darüber bestehe, ob die Möglichkeit einer zweiten Zufahrt bestehe.

Herr Löttsch stellt den Antrag, den TOP zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss vertagt den TOP einstimmig.

zu 5.8 Stellplatzschlüssel im öffentlichen Raum

Herr Löttsch führt aus, dass der Bauausschuss recht spät erfahre, welche Stellplätze im privaten und öffentlichen Raum geplant werden würden. Die Anzahl beider Stellplatzarten würde aber seit Jahren minimiert werden, was langfristig zu Problemen führen müsse. Er fragt, wie die Vorstellungen der Verwaltung aussehen würden.

Frau Hagen sagt, dass sie die Diskussion in der letzten Bauausschusssitzung so verstanden habe, dass seitens der Verwaltung ein Eckpunktepapier gefertigt werde und auf der Grundlage dann das Thema politisch diskutiert werden könne.

Herr Löttsch antwortet, dass dies korrekt sei, aber da auch derzeit B-Planverfahren laufen würden, wolle er nicht warten, bis diese aufgestellt sind um dann festzustellen, dass zu wenig Stellplätze vorhanden seien. Er fragt, bis wann der Bericht vorliege.

Frau Hagen antwortet, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass dieser bis Weihnachten vorliege.

Herr Löttsch fragt, wie die derzeit angewandten Schlüssel seien.

Frau Belchhaus antwortet, dass generell mit einem Schlüssel in Höhe von 0,15-0,2 gearbeitet werde. Eine Minimierung könne Sie rückblickend nicht bestätigen, aber es müsse in der Planung auch in verkehrsberuhigten Bereichen den Beschlüssen der Bürgerschaft und dem Klimaschutz Rechnung getragen werden.

Herr Löttsch sagt, dass 0,2 schon sehr wenig sei und fragt, ob nicht etwas Anderes festgelegt worden sei.

Herr Johannsen entgegnet, dass schon seit mindestens 10-15 Jahren immer mit einem Schlüssel von 0,2 geplant werde, aber die Grundstücke immer kleiner werden würden und die Leute ihre Zweit- oder Drittautos deswegen im öffentlichen Raum abstellen würden.

Herr Ramcke sagt, dass es eine Stellplatzverordnung gegeben habe, diese aber aufgehoben worden sei, daher fragt er, ob eine neue in Arbeit sei.

Frau Belchhaus bejaht dies, aber diese würde sich nur mit dem Verhältnis zwischen privaten Haushalten und privaten Stellplätzen beschäftigen.

Herr Löttsch merkt an, dass es dann auch Sinn ergebe, sich mit den öffentlichen Stellplätzen zu befassen. Er fragt, bis wann diese Stellplatzverordnung fertig sei.

Frau Belchhaus antwortet, dass diese noch dieses Jahr komme.

zu 5.9 Bericht zu dem Antrag der AM Christopher Löttsch & AM Ulrich Pluschkell zur Stellungnahme der Hansestadt Lübeck zur Modernisierung des Hubbrückenensembles Vorlage: 2020/09391-03-01

Der Bericht hat vor Eintritt in die Tagesordnung nicht die Dringlichkeit erhalten.

**zu 5.10 Erhaltungsstrategie Gehwege / Radwege / Nebenflächen
Vorlage: VO/2021/10307**

Der Bericht hat vor Eintritt in die Tagesordnung nicht die Dringlichkeit erhalten.

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

zu 6.1.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

Herr Pluschkell sagt, dass sich zwei seiner Anträge auf Antworten, die unter TOP 6.1 gegeben worden seien beziehen würden. Er fragt, ob diese jetzt oder später behandelt werden würden.

Herr Löttsch antwortet, dass die Anträge TOP 7 zugeordnet seien und er sie daher auch dann aufrufen würde.

**6.1.1 Angsträume (Herr Pluschkell) – 5.660
TOP 6.2.3 am 02.08.2021 – VO/2021/10297**

Am 19.04.2021 wurde die VO/2021/09864 - „Vermeidung von sogenannten Angsträumen“ im Bauausschuss beraten. Ich hatte darum gebeten, die von vielen Bürger:innen genannten Angsträume in der Innenstadt (90 Nennungen) und im Gebiet Bahnhof/ZOB (61 Nennungen) konkreter zu beschreiben. Dieses vorausgeschickt, frage ich wie folgt:

1. Welche Örtlichkeiten wurden in der Innenstadt und im Bereich Bahnhof/ZOB konkret als Angsträume benannt (mindestens 5 Nennungen)?

2. Was sind die Gründe hierfür?

3. Welche technischen oder baulichen Maßnahmen kämen für eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls in diesen Räumen in Betracht?

Darüber hinaus wurde zu den zwei am häufigsten konkret genannten Angsträumen, den Unterführungen St.-Jürgen-Ring (31 Nennungen) und Travemünder Allee (23 Nennungen), seitens der Verwaltung angemerkt, dass die Tunnelbauwerke an sich aufgrund ihrer eigentümlichen Besonderheit trotz ausreichender Beleuchtung als Angsträume wahrgenommen würden. Hierzu frage ich:

4. Welche konkreten baulichen Maßnahmen sind geplant, um diese Angsträume zu beseitigen?

Abschließende Antwort am 16.08.2021

Zu 1: Welche Örtlichkeiten wurden in der Innenstadt und im Bereich Bahnhof/ZOB konkret als Angsträume benannt (mindestens 5 Nennungen)?

Es wurde sehr häufig die gesamte Innenstadt oder Altstadt/ Rippenstraßen ohne genauere Bezeichnung angegeben. Die mehrfach genannten Schwerpunkte wie der Klingenberg oder der Park an der Kanalstraße wurden bereits in der Auswertung extra erwähnt.

Nachfolgend ein Auszug aus den Meldungen:

Kohlmarkt

Engelsgrube nachts

An der Untertrave

Fischergrube, ist schlecht beleuchtet und bietet kaum Übersichtlichkeit.

Haerdercenter

Gang parallel zwischen Marienkirche und Breite Straße

Breite Straße zwischen Holstenstraße und Beckergrube

Düstere Querstraße, kaum Beleuchtung

Bushaltestelle Sandstraße

Engelsgrube Richtung MuK Parkplatz

Große Burgstraße Richtung Gustav- Radbruch Platz ab Burgtor stadtauswärts rechte Seite, Grünfläche

Holstenstraße. vor dem alten Sport-Karstadt

Rund um die Marienkirche. Auf beiden Seiten stockfinster. Mengstraße ist ohnehin viel zu dunkel.

Klingenberg vor der Volksbank

Hanse-Schule vorderer Schulhof (Dankwatsgrube / Marlesgrube) vor allem zur Zeiten der Abend-schule

Parkhaus Huxstraße

Mühlenstraße Höhe Pergamentmachergang bis Ecke St. Annen-Str sowie Pergamentmachergang selbst

Fegefeuer bzw. Domplatz

Koberg

Zu 2: Was sind die Gründe hierfür?

Hier sind es meist die Themen Publikum, Beleuchtung und Vermüllung/Verwahrlosung, die bei Leuten Angstgefühle auslösen.

Zu 3: Welche technischen oder baulichen Maßnahmen kämen für eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls in diesen Räumen in Betracht?

Da ein Großteil das Publikum betrifft, kann der Bereich Stadtgrün und Verkehr hier nicht allgemeine Vorschläge zur Verbesserung der Situation machen. Daher sollen die Punkte im kriminalpräventiven Rat unter Beteiligung von Polizei und Ordnungsamt besprochen werden. Dieser hat bis jetzt noch nicht getagt. Die Ergebnisse hieraus werden nachgeliefert.

Die Beleuchtung in der Altstadt mit ihrem historischen Charme der Gasbeleuchtung ist so gewollt. Eine hellere Beleuchtung würde den Altstadtcharakter beeinträchtigen, den wiederum auch sehr viele Bürger:innen gerade deswegen schätzen.

Trotzdem werden natürlich Meldungen über zu dunkle Straßen durch das Sachgebiet Beleuchtung geprüft und ggf. nachgerüstet (Beispiel Pergamentmachergang).

Zu. 4: Welche konkreten baulichen Maßnahmen sind geplant, um diese Angsträume zu beseitigen?

Weitere bauliche Maßnahmen sind derzeit noch nicht in Planung.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.1.2 Luftqualität an Entlastungsstrecken für die Bahnhofsbrücke (Frau Mählenhoff) – 5.660

TOP 6.2.1 am 02.08.2021 (VO/2021/10231)

Für den Neubau der Bahnhofsbrücke sind verschiedene Entlastungsstrecken ausgewiesen, die teilweise durch Wohngebiete führen.

Bereits in den letzten Wochen waren auf diesen Strecken Stau und Stillstand zu beobachten.

Daher stellt sich die Frage, ob die Luftqualität durch die Umleitungsmaßnahmen verschlechtert wird.

1. Finden Messungen der Luftqualität an den Ausweichstrecken statt?
2. Wenn ja, wo? Sind es feste oder wechselnde Standorte?
3. Wer führt die Messungen durch?
4. Wenn nein, warum nicht?

Abschließende Antwort am 16.08.2021

In der Planungsphase des Ersatzneubaus der Bahnhofsbrücke sind mit den verkehrlich Beteiligten Ausweichstrecken unter Berücksichtigung der möglichen Leistungsfähigkeiten festgelegt worden. Aufgrund der Verkehrszählungen, die vor und während der Instandsetzungsmaßnahme 2018 durchgeführt wurden, war davon auszugehen, dass sich beim stadteinwärtigen Verkehr eine Verlagerung von ca. 10% des Verkehrsaufkommens und bei stadtauswärtigen Verkehr eine Verlagerung von ca. 30-40% einstellen wird. Entsprechend waren für diese Verlagerungsverkehre Ausweichstrecken anzubieten.

Als Ausweichstrecken sind z.B. von der A1 kommend über die St.-Lorenz-Brücke (auch Meierbrücke genannt) und über die Eric-Warburg-Brücke vorgeschlagen und aus Süden kommend über den Töpferweg – St.-Lorenz-Brücke – Schönböckener Straße und über Possehlstraße – Willy-Brandt-Allee – Marienbrücke – Schwartzauer Allee. Ebenso ist eine weiträumige Umfahrung über den St.-Jürgen-Ring – Wallbrechtstraße – Marlistraße – Heiligen-Geist-Kamp – Eric-Warburg-Brücke – Schwartzauer Allee ausgeschildert.

Ausweichstrecken in *Reine Wohngebiete* gemäß § 3 BauNVO werden nicht vorgeschlagen, *Allgemeine Wohngebiete* gemäß § 4 BauNVO werden in nur sehr geringe Ausmaß tangiert. Im überwiegenden Teil führen die Ausweichstrecken durch Misch- und Gewerbegebiete. Schleichverkehre durch Wohngebiete können jedoch nicht wirksam verhindert werden und sind dem individuellen Fahrverhalten geschuldet.

Bei den Verkehrsbeobachtungen, die während der Baumaßnahme laufend durchgeführt werden, waren mit Ausnahme der Verkehrssituation am Lindenplatz keine signifikanten Verkehrsbeeinträchtigungen, die der Reduzierung der Verkehrskapazitäten im Bereich der Bahnhofsbrücke zugeschrieben werden können, auffällig. Auch die Rückmeldungen der Bürger:innen bestätigen diese Beobachtungen.

Um eine belastbare Aussage zur Verschlechterung der Luftqualität, deren Ursache in den Verlagerungsverkehren aus der Baumaßnahme Bahnhofsbrücke liegt, treffen zu können, ist ein Vergleich der Verkehrszahlen vor und während der Baumaßnahme erforderlich. Insbesondere eine Überprüfung der jetzigen tatsächlichen Verkehrsverlagerung kann aufgrund des veränderten Nutzungsverhaltens während der Corona-

pandemie (z.B. wesentlich erhöhter Anteil an Homeoffice) nicht erfolgen. Verkehrszählungen liefern derzeit keine repräsentativen Werte.

Ebenso liegen dem Bereich Stadtgrün und Verkehr für die Luftqualität keine Referenzwerte vor. Analog dem Vergleich des Verkehrsaufkommens werden diese Werte als Ausgang für einen Qualitätsvergleich jedoch benötigt. Daher werden während der Baumaßnahme auch keine Messungen durch den Bereich Stadtgrün und Verkehr zur Luftqualität durchgeführt.

Insgesamt ist zu beobachten, dass sich die Verkehrszahlen in Summe verringert haben und die Luftqualität sich dadurch nicht verschlechtert haben sollte.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.1.3 Schutz des zukünftigen LSG am Koghlenhof/Priwall (Frau Jansen) - 5.610

TOP 6.2.4 am 07.06.2021 (VO/2021/10220)

Aufgrund des aktuell laufenden Verfahrens zum Erlass einer Landschaftsschutzverordnung „Küstenlandschaft Priwall“ und der Beteiligung der Öffentlichkeit bitte ich um dringende Auskunft darüber, ob geplant ist, an der Spitze des Kohlenhofs oder an anderer Stelle angrenzend an das künftige Landschaftsschutzgebiet oder in dem künftigen Landschaftsschutzgebiet ein Café oder ähnliches zu errichten.

Gab es solche Pläne oder wurden entsprechende Vorhaben an die Verwaltung herangetragen?

Für die zunächst mündliche, später schriftliche Beantwortung der Frage bedanke ich mich herzlich.

Abschließende Antwort am 16.08.2021

Derartige Planungen sind dem Bereich Stadtplanung und Bauordnung bzw. dem Fachbereich Planen und Bauen nicht bekannt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.1.4 Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals (Herr Leber) – 5.691

TOP 6.2.4 am 03.05.2021 (VO/2021/10047)

In den Medien kursieren seit einiger Zeit unterschiedliche Informationen zum Ausbau und

damit zur Zukunft des Elbe-Lübeck-Kanals.

Hierzu meine Fragen:

- Von welchem Zukunftsszenario geht die Hansestadt Lübeck im Hinblick auf den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals aus?
- Welche Informationen über den Planungsstand liegen der Hansestadt offiziell vor?
- Welche Impulse gingen in der letzten Zeit von der Hansestadt aus, um das Projekt Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals voranzubringen?

Abschließende Antwort am 16.08.2021

Grundsätzlich wurde der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals (ELK) per zugehörigem Ausbaugesetz durch den Deutschen Bundestag beschlossen. Derzeit laufen die zugehörigen Ausbauplanungen der GWDS.

Der ELK ist Bestandteil des TEN-T Kernnetzes und wird von der EU als Verkehrsweg mit transeuropäischer Bedeutung eingestuft. Der Kanal befindet sich nicht auf dem Scandinavian-Mediterranean-Korridor wie der Port of Lübeck, sondern auf dem East-OrientMed-Korridor.

Im Rahmen des HEP2030 ist der ELK als ein wichtiges Hinterlandausbauprojekt enthalten. Die Arbeitsgruppe Hafenentwicklung hat ihm im Rahmen der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung auch eine eigene Sitzung eingeräumt. Diesbezüglich erfolgt auch ein regelmäßiger Austausch mit der IHK und dem Wirtschaftsministerium in Kiel.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Durchfahrtsverbot der Straße Milbreed
Vorlage: VO/2021/10323**

Anfrage:

Soll die Verkehrsanordnung zur Ausnahme des Durchfahrtsverbotes für Hotelgäste über die Straße Milbreed nunmehr nach Fertigstellung der neuen Kanalbrücke Büssau aufgehoben werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 6.2.2 Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Bearbeitungsstand von Erhaltungssatzungen
Vorlage: VO/2021/10324**

Anfrage:

1. Am 27. Juli 2020 hat die Bürgerschaft der Verwaltung den Arbeitsauftrag erteilt, für die Gebiete Helldahl (Travemünde) und Weinbergstraße / Gustav-Falke-Straße (Siedlung Gärtnergasse) zeitnah Satzungen zu verabschieden mit dem Ziel, den Gebietscharakter der dortigen Siedlungen zu erhalten.

Wurde für diese Gebiete eine Veränderungssperre erlassen?

Wann ist mit einer Vorlage der entsprechenden Satzungsentwürfe zu rechnen?

2. Gibt es neben den o. g. Gebieten weitere Gebiete, für die die Stadtverwaltung die Erforderlichkeit entsprechender Satzungen erkannt hat, bzw. wo entsprechende Satzungen bereits in der Vorbereitung sind.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2.3 Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Fahrradverkehr in der Fußgängerzone
Vorlage: VO/2021/10330

Anfrage:

Gibt es zwingende Gründe (wenn ja, welche), warum der Fahrradverkehr in der Breiten Straße nicht dem Lieferverkehr gleichgestellt werden darf?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2.4 AM Ulrich Pluschkell (SPD): Wasserspender an Lübecker Schulen
Vorlage: VO/2021/10354

Anfrage:

Wasserspender an Lübecker Schulen / Trinkwasser in öffentlichen Gebäuden

Am 30.01.2020 stimmte die Lübecker Bürgerschaft der VO/2019/08061-01-01 zu und beauftragte den Bürgermeister, zur Gesundheitsprävention an Schulen ein Konzept zu erstellen, um alle Lübecker Schulen mit einem Wasserspender zu versehen, dieses Konzept der Bürgerschaft spätestens bis zur Novembersitzung 2019 vorzulegen.

Mit der VO/2020/08646-01 berichtete das GMHL, dass an folgenden Schulstandorten Trinkwasserspender installiert seien: Katharineum, Schule Roter Hahn, Heinrich-Mann-Schule, Schule am Koggenweg und Schule am Meer. Zudem werde bei aktuell in der Planung befindlichen Schulbaumaßnahmen, welche im Rahmen der Grundinstandsetzung auch die Erneuerung des Trinkwassernetzes beinhalten, die Installation von Trinkwasserspendern berücksichtigt.

Zudem hat die Lübecker Bürgerschaft am 27.08.2020 mit der VO/2020/09007 beschlossen, dass das GMHL für die Umsetzung eine technische Machbarkeitsevaluierung erarbeitet und darüber hinaus in allen öffentlichen Gebäuden Labormessungen durchzuführen sind, insbesondere auch in Schulen, sofern dort Trinkwasser aus Leitungen entnommen wird und das Baujahr der Gebäude eine entsprechende Untersuchung nahe legt.

Dieses vorausgeschickt, frage ich wie folgt:

1. Wann wird der Lübecker Bürgerschaft das am 30.01.2020 beauftragte Konzept für Wasserspender an Schulen vorgelegt?
2. Was haben die Labormessungen ergeben? Wie weit die beauftragte technische Machbarkeitsevaluierung für öffentliche Gebäude?
3. Welche Schulen sind zwischenzeitlich mit Wasserspendern ausgestattet?
4. Welche Erfahrungen liegen vor hinsichtlich der Nutzung von Wasserspendern? Wie ist die Akzeptanz dieses Angebots bei den Schüler:innen und Lehrkräften?
5. Welche Schulen werden in diesem und in den folgenden Jahren mit Wasserspendern ausgestattet?
6. Gibt es besondere Schwierigkeiten bei der Einführung von Wasserspendern an Schulen und - falls ja - wie können diese gelöst werden?
7. Welche Kosten sind mit der Einführung und dem Betrieb von Wasserspendern verbunden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.2.5 Neue Anfragen während der Sitzung

6.2.5 Baustelle Marli (Herr Lötsch) - 5.660

Herr Lötsch sagt, dass die Baustellenkoordination und die Verkehrslage in der Moltke- und Walderseestraße gefühlt immer sehr chaotisch sei. Er möchte wissen, ob die Verkehrsführung geändert werden könne, damit es nicht zu erheblichem Rückstau komme, zum Beispiel zu den Hauptverkehrszeiten mehr Platz zu schaffen.

Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.6 Aufklärungskampagne Schottergärten (Frau Jansen) – 5.610

Frau Jansen sagt, dass zugesagt worden sei, eine Aufklärungskampagne gegen Schottergärten zu starten. Sie möchte außerdem wissen, was Hausbesitzer machen müssen, um ihren Vorgarten in einen Schottergarten umwandeln zu können.

Abschließende Antwort am 16.08.2021

Herr Johannsen antwortet, dass die Problematik in der Landesbauordnung verankert sei und dementsprechend es hier um die Überwachung gehe. Das sei aber ein Thema für den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Frau Hagen ergänzt, dass Aufklärung hier auch der richtige Weg sei und die Stadt schon vor einiger Zeit entsprechendes Informationspotential bereitgestellt habe. Es werde auch weiterhin über Möglichkeiten nachgedacht, wie die Bürger:innen über die Thematik aufgeklärt werden können.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.7 Sperrung Drehbrücke (Herr Matthies) – 5.660

Herr Matthies möchte wissen, warum die Sperrung der Drehbrücke so spät bekannt gegeben worden sei.

Abschließende Antwort am 16.08.2021

Herr Johannsen bittet für die späte Mitteilung um Entschuldigung, die Verwaltung habe bereits ebenfalls eine Entschuldigung zur Pressestelle gegeben. Die Mitteilung sei intern aufgrund der Urlaubszeit nicht rechtzeitig rausgeschickt worden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.8 Brand Güterbahnhof (Herr Ingwersen) – 5.610

Herr Ingwersen fragt, ob der Brand am Güterbahnhof die Planung für das Gebiet beeinträchtigt.

Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.9 Kreuzung Fredenhagenweg (Frau Mählenhoff) – 5.660

Frau Mählenhoff sagt, dass an der Kreuzung Fredenhagenweg/Arnimstraße die Rotphase der Ampel immer sehr lange dauere, und die Schüler an der dortigen Schule immer über Rot laufen würden. Sie fragt, ob die Situation verbessert werden könne.

Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

6.2.10 Verkehrszählung Travemünde (Frau Haltern) – 5.610

Frau Haltern sagt, dass in Travemünde eine Verkehrszählung geplant gewesen sei, und möchte wissen ob diese erfolgt sei.

Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.610): Vorstellung des Verkehrswendebeauftragten

Frau Hagen stellt Herrn Michael Stödter, den Verkehrswendebeauftragten der Hansestadt Lübeck, dem Bauausschuss vor.

Herr Stödter stellt sich dem Bauausschuss mit einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beiliegt, vor.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.610): Umgang mit Ferienwohnungen in Travemünde

Frau Belchhaus stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beiliegt, einen Vorschlag der Verwaltung zum Umgang mit dem Bürgerschaftsbeschluss vor, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Es wird darum gebeten, dass die Verwaltung die Folien mit einer kurzen Zusammenfassung nachträglich zur Niederschrift gibt, in der auch einige Aussagen über die Auswirkungen enthalten seien, bspw. Wie viele Mitarbeiter dadurch gebunden seien, wie lange diese dadurch gebunden seien, der derzeitige Stand der Wohnungen und wie sich das Vorhaben auf die Wohnungen und Ferienwohnungen auswirkt.

Herr Pluschkell bittet um erneute Aufnahme des TOP in der nächsten Sitzung.
Frau Hagen sagt zu, dass die Verwaltung das Thema wieder aufgreife, wenn die Daten vorliegen würden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des Ausschussmitglieds Arne-Matz Ramcke - Überprüfung und Optimierung des Liniennetzes in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08448

Herr Ramcke erläutert seinen Antrag. Ziel sei es, sich mit dem nächsten RNVP auseinanderzusetzen. Auch wenn der alte gerade erst beschlossen sei, sei der neue nicht mehr weit weg und es gehe ihm auch darum, aufzuzeigen, wie alternative Aufstellungen des ÖPNV aussehen könnten und sich dadurch die Angebote verändern würden. Im Antrag seien verschiedene Varianten als Beispiele genannt.

Frau Hagen weist daraufhin, dass der letzte RNVP gerade erst beschlossen worden sei und eine Geltungsdauer von fünf Jahren habe. Sie würde davon abraten, den Rhythmus zu verändern.

Herr Ramcke sagt, dass es ihm um die Vorbereitung zur Aufstellung des nächsten RNVP gehe, nicht, dass das Zeitfenster der eigentlichen Erstellung geändert werde. Bei anderen RNVP's seien auch bereits vorab Gutachten erstellt worden, und um solche Vorüberlegungen, auch finanzieller Natur gehe es ihm.

Herr Lötsch sagt, dass konträr dazu im Antrag stehe, dass es bis 2022 neu aufzustellen sei. Herr Ramcke wiederholt, dass es ihm nur um die Vorbereitung gehe, das Zeitlimit könne sonst auch entfernt werden. Für den nächsten RNVP werde eine Überprüfung des Liniennetzes gebraucht, was auch im Vorfeld erledigt werden könne. Er wolle progressiv in die Zukunft schauen, und bei der bereits abgeschlossenen Überprüfung sei die Frage zu stellen, ob die Stadt diese Mobilität auch in Zukunft fortführen wolle.

Herr Leber sagt, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung das Thema ohnehin behandle und der Antrag daher unnötig sei. Er empfiehlt Herrn Ramcke den Antrag zurückzuziehen. Herr Ramcke entgegnet, dass er aber nicht wissen könne, ob die im Antrag vorgeschlagenen Varianten geprüft werden würden, oder andere Modelle. Herr Leber antwortet, dass er dies zwar nicht wisse, aber von der Verwaltung erwarte, an dem Thema dran zu bleiben.

Frau Wulf-Wichmann sagt, dass das Thema Mobilität für Senioren besonders wichtig sei. Sie finde den Antrag und insbesondere, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt werden solle, sehr gut.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass erst im Februar durch die Bürgerschaft jährlich mehr Geld zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Pluschkell sagt, dass in der Bürgerschaft bereits eine Entscheidung getroffen worden sei, jährlich ca. 4,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen, um die Tarife zu senken und strukturelle Verbesserungen durchführen zu können. Er sehe das Thema als erledigt an, da die Bürgerschaft sich dazu gerade erst erklärt habe. Der Antrag zielle auf eine Überarbeitung des Liniennetzes ab, aber dies sei ja auch nicht zufällig gewachsen, sondern basiere auch auf Gutachten und Untersuchungen.

Herr Ramcke sagt, dass er anderer Auffassung sei, und es nicht nur etwas für den heutigen ÖPNV getan werden müsse, sondern vor allem auch für den zukünftigen RNVP. Dieser Prozess müsse irgendwann angestoßen werden. Er begrüße es, wenn die Verwaltung einen Auftrag habe, auf dessen Grundlage sie arbeiten könne.

Herr Luetkens stimmt Herrn Ramcke zu. Ihn würde es vor allem, auch in seiner Funktion als Mitglied der Bürgerschaft, interessieren, was passiere, wenn der ÖPNV, wie im Antrag benannt, mit 25% bezuschusst werde.

Frau Hagen sagt, dass es sicherlich Gesprächsbedarf gebe, wie der 5. RNVP aufgestellt werden solle, und es gebe mit der AG ÖPNV Politik auch bereits ein gutes Gremium für diese Diskussion. Demnächst habe diese AG wieder eine Sitzung, sie könne aber nicht zusagen, dass dieses Thema zur Tagesordnung genommen werden könne, aber dort könne der weitere Ablauf und die weitere Perspektive diskutiert werden.

Herr Ramcke sagt, dass, wenn das Thema seines Antrags dahin mitgenommen werde und dort weiterleben würde, er seinen Antrag auch zurückziehen könne.

Frau Hagen sagt dies zu.

Herr Ramcke zieht seinen Antrag zurück.

Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert für die Vorbereitung auf den 5. RNVP der Hansestadt Lübeck ab 2024, den bestehenden Prüfbericht die „Überprüfung und Optimierung des Linienetzes in der Hansestadt Lübeck“ auf die zukünftigen Anforderungen an Mobilität anzupassen und bis 2022 neu aufzustellen unter der Berücksichtigung möglicher Zuschüsse der Hansestadt Lübeck von 0%, 25% und 50%, in Anlehnung an die Höhe der aktuell maximalen Defizitübernahme des Stadtverkehrs von 15 Millionen Euro innerhalb der Stadtwerke Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 7.2 AM Haltern (SPD): Jugendhaus Seeblick bewahren - Brodtner Uferweg sichern
Vorlage: VO/2021/10090**

Herr Pluschkell und Frau Blankenburg erklären sich für befangen und verlassen während dieses TOP den Sitzungsraum.

Frau Haltern erläutert ihren Antrag. Das Haus stehe seit 100 Jahren, präge das landschaftlich Bild und habe vielen Jugendlichen die Möglichkeit zur Erholung und zur Naturerkundung gegeben. Da nicht alle Schulen dies leisten könnten, sei es gut, wenn es noch Vereine oder Einrichtungen gebe, die dies anböten. Sie wisse, dass das Haus in einem Landschaftsschutzgebiet liege, aber es gebe Ausnahmeregelungen, die einen Neubau auf einem solchen Grundstück ermöglichen könnten. Weiterhin gebe es dort einen Wanderweg, der auch für viele Lübecker immer wieder ein Ziel sei, der auch erhalten werden solle.

Frau Jansen sagt, dass sie die Arbeit, die dort geleistet werde, unterstütze. Sie habe dennoch bedenken, dem Antrag zuzustimmen, da das Haus damals günstig unter der Maßgabe verkauft worden sei, dass die Nutzung irgendwann ein Ende finden müsse. Sie finde es schade, dass es zu Ende gehe, aber das sei von vorneherein klar gewesen.

Herr Leber sagt, dass er viel Aspekte von Frau Halterns Begründung für wichtig und richtig halte. Allerdings sei er nicht einig bezüglich der Historie, wie die Falken das Gebäude erworben hätten. Der Erwerb habe vor zehn Jahren zu einem sehr erschwinglichen Preis stattgefunden, und sei nur durchgeführt worden, da allen Beteiligten bekannt war, dass die Nutzung

dort irgendwann zu Ende gehe. Dort jetzt nachträglich Baurecht schaffen zu wollen halte er für sehr gewagt. Er sei grundsätzlich dafür, dass die Falken ein neues Haus erhalten würden, aber nicht an dieser Stelle.

Frau Haltern sagt, dass die Falken das Gebäude sicher günstig erhalten hätten, aber auch selber viel Zeit und Geld reingestreckt hätten.

Herr Bobeth-Höppner antwortet, dass sie die Ressourcen da aber reingesteckt hätten, in dem Bewusstsein, dass es verschwinden werde. Außerdem würde das, was sie in das Gebäude reinstecken würden auch verschwinden, wenn ein Neubau errichtet werde, sofern sie es nicht mitnehmen könnten.

Herr Ingwersen sagt, dass die Stadt, wenn die Lübecker Schulen dieses Haus besuchen würden, auch Geld sparen würden, da die Schulen für Ausflüge nicht weit weg fahren müssten, beispielsweise Buskosten.

Herr Matthies sagt, dass er verstehe, dass die Jugendlichen unterstützt werden sollen, er versteht aber die Argumentation nicht, was der Wanderweg mit dem Haus zu tun haben sollte. Bezüglich der Investitionen des Vereins in das Gebäude sagt er, dass es von vornerein bekannt gewesen sein sollte, dass die Investitionen verschwinden würden. Er kann es nachvollziehen, dass ein solches Gebäude benötigt werde, aber es solle ein passender Ort dafür gesucht werden und kein Landschaftsschutzgebiet.

Herr Vorkamp schließt sich seinem Vorredner an und sagt, dass der Ort nicht geeignet sei. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein anderer Ort in den Randbereich von Brodten geeignet sei, da gebe es auch bereits andere Einrichtungen, beispielsweise von der Arbeiterwohlfahrt. Die Verwaltung solle ein neues Grundstück vorschlagen, aber das habe ja auch noch Zeit, da das Haus ja nicht innerhalb der nächsten drei Jahre abgerissen werde.

Frau Haltern weist darauf hin, dass nicht bekannt sei, ob der Wegfall der Abbruchkante bei ungefähr 1 m pro Jahr bleibe oder größer werde, und dass direkt hinter dem bestehenden Haus ein neuer Baukörper gebaut werden könne. Weiter hinten fingen dann Grundstücke an, auf die die Stadt keinen Zugriff habe.

Herr Ramcke fragt, in welchem Abstand zum jetzigen Gebäude denn ein Neubau errichtet werden solle und ob die Nutzung festgeschrieben werden solle. Die Nutzung des Hauses würden alle gut finden, problematisch sei nur der Ort. Eine Nutzung an anderer Stelle würde er sehr begrüßen, aber es habe aus seiner Sicht keine stichhaltige Begründung geliefert werden können, warum genau diese Stelle genutzt werden solle.

Frau Jansen stimmt Herrn Vorkamps Vorschlag zu. Aufgrund der Jugendarbeit sei dies eine schwere Debatte, aber es gebe ja noch Zeit.

Herr Löttsch antwortet, dass man sich da nicht sicher sein könne, da das Haus schon nah an der Kante stehe.

Frau Haltern sagt, dass sie einen Grund für den Ort geliefert habe und der Grundriss des jetzigen Hauses auf der Rückseite des Grundstücks erneut machbar sei.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten dafür zu sorgen, dass

1. für das Jugendhaus Seeblick auf seinem Grundstück am Brodtener Ufer ein Ersatzbau errichtet werden kann und
2. der dortige Wanderweg auch künftig durchgehend unmittelbar entlang des Brodtener Ufers geführt wird.

Der Lübecker Bürgerschaft ist spätestens im Herbst 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 7.3 AM Antje Jansen (GAL): Radwege des St.-Jürgen-Rings
Vorlage: VO/2021/10166**

Frau Jansen erläutert ihren Antrag. Nach ihren Informationen solle von der EBL am St.-Jürgen-Ring zwischen Kronsfordter Allee und Berliner Platz etwas durchgeführt werden, in dem Zuge könnten auch die Geh- und Radwege erneuert werden. Die Verwaltung habe immer gesagt, dass bei solchen Maßnahmen auch die Radwege mit erneuert werden könnten.

Herr Lötsch fragt, um welche zehn Jahre alte Planung, die Radwege zu verbreitern, es in dem Antrag gehe. Er könne sich nicht an eine entsprechende Planung erinnern.

Frau Jansen sagt, dass sie das überprüfen müsse, sie könne dafür auch den Antrag zurückstellen.

Frau Hagen sagt, dass sie den Antrag so verstanden habe, dass statt zwei Spuren eine in Überbreite gemacht werden solle, was eine Komplettüberplanung des Straßenquerschnitts sei, eine solche Maßnahme könne nicht einfach so durchgeführt werden. Die Verwaltung werde bezüglich des Themas auf die EBL zugehen.

Herr Johannsen sagt, dass die Radwege saniert werden würden, die entsprechenden Abstimmungen mit den EBL hätten stattgefunden. Es könne aber keine Reduzierung der Spuren vorgenommen werden, da die Hauptverkehre auch auf den Hauptverkehrsstraßen bleiben sollten.

Herr Lötsch fragt, ob Frau Jansen ihren Antrag zurückziehen wolle.

Frau Jansen sagt, dass sie die zehn Jahre alte Planung überprüfen wolle, aber erstmal ihren Antrag zurückziehe.

Antrag:

Es wird allgemein anerkannt, dass die Radwege des St.-Jürgen-Rings suboptimal sind. Die EBL plant, in diesem Jahr im Sankt-Jürgen-Ring zwischen Kronsfordter Allee und Berliner Platz Regenwasserhausanschlüsse an den in der Straßenmitte liegenden vorhandenen Regenwasserkanal in offener Bauweise herzustellen. Die Maßnahme ist seit langem im verwaltungsinternen Kalender für Baumaßnahmen angekündigt.

Die Bausenatorin wird gebeten zu berichten

- warum nicht gleichzeitig die Radwege des St.-Jürgen-Rings in diesem Bereich zumindest instandgesetzt oder verbreitert werden.

- ob die ca. 10 Jahre alte Planung, die Radwege zu verbreitern und die Straße auf insgesamt zwei überbreite Spuren zu verengen, noch verfolgt wird.

Wenn ja: Wann soll die Umsetzung erfolgen?

Wenn nein: Wie und wann soll die notwendige Verbesserung der Radwege in diesem Bereich erfolgen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag: AM Ulrich Pluschkell (SPD) : Fuß- und Radweg Großenhof
Vorlage: VO/2021/10361**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.5 Antrag des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baulandmobilisierungsgesetz
Vorlage: VO/2021/10319**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

	Ohne Votum	
--	------------	--

**zu 7.5.1 BM Wolfgang Neskovic: Antrag zu VO/2021/10319 Antrag des AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Baulandmobilisierungsgesetz
Vorlage: VO/2021/10319-01**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.6 AM Ulrich Pluschkell (SPD): Fußweg Musikerviertel
Vorlage: VO/2021/10261-01**

Gemäß TOP 1 werden dieser TOP und TOP 5.4 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.4 abgebildet, die Abstimmungsergebnisse unter den jeweiligen TOP.

Antrag:

Fuß- und Radweg in der Grünanlage Musikerviertel

Der Bürgermeister wird gebeten,

1. den Hauptweg in der Grünanlage im Musikerviertel von der Artlenburger Straße bzw. Ziegelstraße zur Beethovenstraße noch im Jahr 2021 gemäß den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA 2010) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen für eine gemeinsame Nutzung durch Fußgänger:innen und Radfahrende durchgängig auf eine Breite von mindestens 2,50 m auszubauen,
2. den Hauptweg in der Grünanlage im Musikerviertel für die Nutzung durch Fußgänger:innen und Radfahrende auszuschildern und
3. zur Finanzierung dieser Maßnahme Haushaltsreste aus dem Haushalt 2021 einzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

zu 7.7 Dringlichkeitsantrag

AM Ulrich Pluschkell (SPD) :

Radweg Travemünde - Warnsdorf; Radweg Puppenbrücke
Vorlage: VO/2021/10363

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.8 Dringlichkeitsantrag

AM Ulrich Pluschkell (SPD):

Förderung des Fahrradverkehrs
Vorlage: VO/2021/10362

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Frau Hagen gibt eine kurze Mitteilung bezüglich des Neubaus der Skateanlage Travemünde. Die Lage der Skateanlage solle angepasst werden, aber es gebe den Konfliktpunkt, dass laut Bürgerschaftsbeschluss immer mindestens 2.800 Stellplätze in Travemünde erhalten werden müssten. Die Anlage solle daher so geplant werden, dass möglichst wenig Stellplätze betroffen seien. Falls Stellplätze betroffen seien, könne es zeitlich etwas eng werden. Sie kenne den derzeitigen Planungsstand nicht, aber die Kurbetriebe seien an der Thematik dran.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Gemäß TOP 1 wird die öffentliche Diskussion zu der Vorlage unter TOP 11.2 am Ende des öffentlichen Teils abgehalten. Die öffentliche Diskussion zu dem TOP 11.2 findet sich unter diesem TOP, die nichtöffentliche Diskussion sowie das Abstimmungsergebnis unter TOP 11.2.

Herr Ramcke sagt, dass die SPD im März eine Anfrage des Architekturforums übernommen habe, zu der er aber keine Antwort haben könne. Er habe sich alles durchgelesen, aber nicht alles auf Beschlüsse der Bürgerschaft zurückführen können und würde daher gerne wissen, auf welcher Basis diese städtebauliche Entwicklung erfolge.

Frau Hagen antwortet, dass die Stellungnahme des Architekturforums beantwortet worden sei.

Herr Ramcke antwortet, dass es im Bauausschuss noch keine Antwort gegeben habe.

Frau Hagen antwortet, dass sie das überprüfen werde. Grundsätzlich würden die Fragen durch ein städtebauliches Gesamtkonzept beantwortet, welches nicht nur die Flächen- sondern auch die Höhenentwicklung behandle. Das Gesamtkonzept solle den Handlungsrahmen aufzeigen.

Herr Lötsch sagt, dass er ein Schreiben des Architekturforums bekommen habe, wo drin stehe, dass es nicht beantwortet worden sei und auch nicht beantwortet werde. Er fragt außerdem, warum das Projekt extern vergeben werde, und ob diese Arbeit nicht eigentlich die ureigene Sache der Verwaltung sei.

Frau Hagen antwortet, dass ein hoher Handlungsdruck und eine hohe Auslastung des Personals durch andere Projekte bestehe. In der Verwaltung würden derzeit keine Kapazitäten für so ein Projekt bestehen.

Herr Lötsch fragt, ob ein Wettbewerb dann nicht die bessere Alternative gewesen wäre.

Frau Hagen sagt, dass die Kollegen diese Möglichkeit sicher erwogen haben.

Frau Haltern sagt, dass es einen Beschluss vom 24.03.2021 gebe, dass für die Parkhäuser ein Architekturwettbewerb durchzuführen sei und im September 2021 ein städtebauliches

Konzept vorliege und die Grundzüge der Planung vorher dem Bauausschuss vorgelegt werden würden. Dass die Auslastung derzeit hoch sei, sei nachvollziehbar, aber die vorgezogene Vorbesprechung im Bauausschuss sei wichtig, damit sich der Bauausschuss ein Bild machen könne. Sie wolle auch weiterhin einfordern, dass die Erörterung im Vorfeld stattfinde, damit der Bauausschuss eine Grundlinie finden könne. Ansonsten gehe es in die Planung und erst dann gehe die Diskussion los. Sie fragt, ob die Grundzüge der Planung im nächsten Bauausschuss vorgestellt werden könnten.

Herr Lötsch fragt, ob dies möglich sei.

Frau Hagen antwortet, dass die Verwaltung sich bemühe, dies bis zur nächsten Sitzung zu schaffen.

Herr Ramcke sagt, dass er mit Herrn Matzka telefoniert habe, der gesagt hätte, dass das, was erfolge, die Grundlage sei, alles auf den Tisch zu legen, gegeneinander abzuwägen und dann der Politik darzulegen. Ihm würden hier teilweise die Hinweise der Verwaltung fehlen, wo was beschlossen worden sei.

Herr Lötsch sagt, dass ja deswegen die Planung dem Bauausschuss vorgelegt werden solle, damit diese Aspekte abgeklärt werden können.

Frau Hagen sagt, dass in der Vorlage drinstehe, dass die Verwaltung Workshops plane um die Politik zu beteiligen. Die Verwaltung könne dies auch noch extra erklären, aber es stehe bereits explizit in der Vorlage.

Der Vorsitzende schließt um 19:18 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:27 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 19:34 Uhr.

Lübeck, den 14. Oktober 2021

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Herr Wilk Wendorff
Protokollführung